

**77. Beilage im Jahr 2015 zu den Sitzungsunterlagen
des XXX. Vorarlberger Landtages**

Selbständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 29.6.2015

**Betreff: Verwaltungskosten gemäß des Verwaltungsreformprozesses
„Zukunft der Verwaltung“ reduzieren und frei werdende Mittel in
Bildung investieren!**

Sehr geehrter Herr Präsident!

Das Land Vorarlberg steht vor sehr großen Herausforderungen – in den Bereichen Soziales und Gesundheit aber vor allem auch in der Bildung, wo bekanntlich einiges im Argen liegt (siehe Ergebnisse der Standardtestungen, Zentral-Matura etc.). Es werden große Anstrengungen und vermutlich auch zusätzliche Mittel notwendig sein, um hier möglichst rasch und nachhaltig eine Verbesserung zu erzielen. Da die Mittel insgesamt jedoch beschränkt sind, verwundert es umso mehr, dass gerade die Ausgaben im Verwaltungsbereich nach wie vor steigen – nachdem sie bereits in den letzten Jahren überdurchschnittlich gestiegen sind.

Vorarlberg verwendet derzeit etwa zehn Prozent des Budgets, d.h. rund € 172,3 Millionen (2015), für die Verwaltung. Das ist aus unserer Sicht viel – viel zu viel! Denn umgerechnet sind das rund 450 Euro pro Einwohner jährlich, während bspw. Tirol lediglich rund 393 Euro pro Einwohner (jeweils Rechnungsabschluss 2014) für die Verwaltung aufbringt.

Auch die Steigerungsraten sind bedenklich: Während sich die Verwaltungsausgaben, um beim Beispiel Tirol zu bleiben, bei unseren Nachbarn seit 1996 insgesamt um rund 53 Prozent erhöht haben, liegt im Land Vorarlberg die Steigerungsrate bei sage und schreibe rund 99 Prozent (vgl. Inflationsrate im selben Zeitraum: 40,7 Prozent). Die Ausgaben haben sich in 20 Jahren also verdoppelt – aus unserer Sicht eine bedenkliche Entwicklung, der es Einhalt zu gebieten gilt.

Und dies wäre auch leicht möglich, wenn dringend anstehende Reformen endlich in Angriff genommen würden. Was notwendig, sinnvoll und auch machbar wäre, wurde von Expert_innen im Reformprozess „Zukunft der Verwaltung“ erarbeitet und liegt bekanntlich schon seit langem auf dem Tisch. Leider wurde von den Vorschlägen zur Verwaltungsvereinfachung, die unmittelbar zu deutlichen Einsparungen führen würden, bis heute kaum etwas umgesetzt.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gem. § 12 der Geschäftsordnung des

Vorarlberger Landtags folgenden

A N T R A G

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Verwaltungskosten des Landes Vorarlberg werden in den kommenden fünf Jahren durch Verwaltungsvereinfachung um insgesamt zehn Prozent reduziert. Erreicht werden soll dies durch eine jährliche Reduktion der budgetierten Ausgaben in der Gruppe 0 von zwei Prozent, beginnend mit dem Budget 2017. Die dadurch frei werdenden Mittel fließen direkt in den Bereich Bildung, um mit gezielten Maßnahmen das weitere Absinken des Bildungsniveaus zu verhindern.“

LAbg. Dr. Sabine Scheffknecht

LAbg. Mag. Martina Pointner

Der XXX. Vorarlberger Landtag hat in seiner 9. Sitzung im Jahr 2016, am 15. Dezember, ausgehend vom Selbständigen Antrag, Beilage 77/2016, der mit den Stimmen der VP-, der FPÖ- und der SPÖ-Fraktion sowie der Fraktion Die Grünen mehrheitlich abgelehnt wurde (dafür: NEOS) und nach einem VP/Grüne-Abänderungsantrag, der mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen mehrheitlich angenommen wurde (dagegen: FPÖ, SPÖ und NEOS), nachstehende EntschlieÙung gefasst:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, die Ergebnisse des Verwaltungsentwicklungsprozesses ‚Zukunft der Verwaltung‘ weiterhin konsequent umzusetzen und die nächsten Schritte in Angriff zu nehmen.“